

**Antrag 147/I/2026****KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Ablehnung (Konsens)****Rücknahme der geplanten Kürzungen im Sozialbereich**

1 Die im Rahmen der aktuellen Haushaltsverhandlungen  
2 vorgesehenen Kürzungen in den Bereichen Soziales, Teil-  
3 habe, Obdachlosenhilfe, Jugendhilfe und verwandten so-  
4 zialen Leistungen sind vollständig zurückzunehmen.

5  
6 Stattdessen sind alternative Konsolidierungsstrategie zu  
7 entwickeln, die nicht zu Lasten der besonders vulnerablen  
8 Bevölkerungsgruppen geht, beispielsweise durch Haus-  
9 haltseinsparungen in nicht-sozialen Bereichen, eine pro-  
10 gressive Steuerpolitik oder effizientere Verwaltungsstruk-  
11 turen.

12  
13 Für den Fall, dass Teilkürzungen bereits vertraglich zuge-  
14 sagt oder beschlossen wurden, ist zu prüfen, wie diese so-  
15 fort aufgehoben oder kompensiert werden können, ggf.  
16 mit Nachtragshaushalt oder Umwidmung von Mitteln.

17  
18 Es ist sicherzustellen, dass alle betroffenen sozialen Trä-  
19 ger, Einrichtungen und Betroffene frühzeitig in die Pla-  
20 nung und Umsetzung eingebunden werden, um Härten  
21 und Versorgungslücken zu vermeiden.

22  
23 **Begründung**

24 Soziale Daseinsvorsorge darf nicht zur Dispositionsmas-  
25 se werden Die geplanten Kürzungen greifen in zentra-  
26 len Bereichen der sozialen Sicherung, Unterstützung und  
27 Teilhabe. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ver-  
28 schärfen Einschnitte im Sozialbereich die Ungleichheit  
29 und verschlimmern existentielle Notlagen. Berlin muss  
30 seiner Verantwortung gerecht werden, Menschen in pre-  
31 kären Lebenslagen zu schützen.

32 Vulnerable Gruppen tragen die Hauptlast Die Kürzungen  
33 treffen vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen,  
34 Empfänger\*innen von Grundsicherung oder Sozialgeld,  
35 wohnungs- und obdachlose Menschen, Alleinerziehende,  
36 Kinder- und Jugendliche in schwierigen Verhältnissen so-  
37 wie Träger sozialer Arbeit. Die soziale und gesellschaftli-  
38 che Stabilität Berlins wäre dadurch gefährdet.

39 Kürzungspläne widersprechen dem Anspruch auf men-  
40 schenwürdige Teilhabe Eine Gesellschaft, die soziale Leis-  
41 tungen einschränkt, riskiert das Auseinanderdriften zwi-  
42 schen Gewinnerinnen und Verliererinnen. Staatliche Leis-  
43 tungen im Bereich Soziales sind kein Luxus, sondern Teil  
44 des öffentlichen Auftrags, Teilhabe und Chancengleich-  
45 heit zu sichern.

46 Wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Folgekosten  
47 Einschnitte im Sozialbereich führen langfristig zu Mehr-  
48 kosten – etwa in Gesundheitswesen, Justiz, Obdachlosen-

49 betreuung, Rückfällen in Armut und Verschärfung von Kri-  
50 sen. Investitionen in soziale Stabilität sind oft kosteneff-  
51 fektiver als Gesundheitsschäden, Straffälligkeit oder chro-  
52 nische Obdachlosigkeit.

53 Solidarität und politische Glaubwürdigkeit Berlin hat sich  
54 in vielen Debatten zu sozialer Gerechtigkeit bekannt. Kür-  
55 zungen in zentralen sozialen Bereichen stehen dem dia-  
56 metral entgegen und würden das Vertrauen in politische  
57 Verantwortung beschädigen. Es darf nicht sein, dass in  
58 Zeiten knapper Haushalte ausgerechnet diejenigen be-  
59 schnitten werden, die ohnehin wenig haben.

60 Alternativen existieren

- 61 • Überprüfung und Kürzung in weniger sozialkriti-  
62 schen Ausgabenbereichen (z. B. Repräsentations-  
63 budgets, Überdimensionierung in Verwaltung etc.)
- 64 • Effizienzsteigerung in Verwaltung, Reduktion von  
65 Doppelstrukturen
- 66 • Steuerprogression oder Einhebung zusätzlicher Ein-  
67 nahmen bei Spitzenverdienenden
- 68 • Aktivierung von zusätzlichen Förder- und Bundes-  
69 mitteln
- 70 • Umstrukturierung von Ausgaben ohne Leistungs-  
71 kürzungen

72